

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 19.05.2014

N i e d e r s c h r i f t

der 24. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 07.05.2014,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3,
Zum Weiher 33, 35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 22:00 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Norbert Herlein Ortsvorsteher
Frau Ingrid Kaminski

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Winfried Wagenbach

Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Egon Fritz

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch Dezernat II

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Herrn Helmut Volkmann SPD-Fraktion

Ortsvorsteher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Ortsvorsteher Herlein gibt bekannt, dass folgender Dringlichkeitsantrag vorliege:
„Radaranlage in Kleinlinden für zwei Fahrspuren“

Herr Herlein spricht für die Dringlichkeit des Antrages. Es erfolgt keine Gegenrede.

Der Dringlichkeit des Antrages wird einstimmig zugestimmt.
Der Antrag wird in der Tagesordnung als TOP 15 Neu behandelt.

Die Tagesordnung wird in der ergänzten Form beschlossen.

Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Ortsbeirates am 19.02.2014
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Anbringung eines Abfallbehälters an der Bushaltestelle OBR/2144/2014
Brüder-Grimm-Schule
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2014 -
8. "Gießen-Schild" am Ortseingang Wetzlarer Straße OBR/2145/2014
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.03.2014 -
9. Markierungen zwischen Kleinlinden und Allendorf parallel OBR/2146/2014
der Hochspannungsleitung
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.2014 -
10. Beschädigter Laternenmast Brandwegbrücke OBR/2147/2014
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.2014 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 11. | Berichts Antrag zur Schüler- und Kinderbetreuung in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 20.04.2014 - | OBR/2148/2014 |
| 12. | Stand der Entwicklung des Projektes "Lahnpark"
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.04.2014 - | OBR/2149/2014 |
| 13. | Bürgergespräch zum Thema: Linie 1/Linie 11/Haltestelle Brüder-Grimm-Schule
- Antrag des Ortsvorstehers vom 27.04.2014 - | OBR/2150/2014 |
| 14. | Wiederherstellung der ehemaligen 30 km/h-Zone in der Wetzlarer Straße in Kleinlinden
- Antrag des Ortsvorstehers vom 27.04.2014 - | OBR/2151/2014 |
| 15. | Radaranlage in Kleinlinden für zwei Fahrspuren
- Dringlichkeitsantrag des Ortsvorstehers vom 01.05.2014- | OBR/2188/2014 |
| 16. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Ortsbeirates am 19.02.2014

Beratungsergebnis: Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

4. Bürgerfragestunde

Radaranlage in der Wetzlarer Straße

Herr Hans Weigel führt aus, die Tatsache, dass die Geschwindigkeitsmessung in der Wetzlarer Straße nur aus einer Richtung kommend vorgenommen werde, halte er für enttäuschend, das Erfassen der Rotlichtsünder an dieser Stelle für unsinnig.

In Kürze wisse jeder Autofahrer, dass er aus Richtung Dutenhofen kommend nichts zu befürchten habe und es werde weiter gerast.

Er bittet um Auskunft, ob die Entscheidung für die jetzt installierte Radaranlage aus Kostengründen getroffen wurde, oder ob es auch andere Gründe gab.

Herr Weigel ist der Auffassung, das Problem sei nun zur Hälfte behoben. Er möchte wissen, was die Stadt zu tun gedenke, um die andere Straßenseite ebenfalls sicherer zu machen. Weiter stelle er die Frage, warum die Anwohner bei der Planung nicht mit einbezogen wurden.

Herr Manfred Blum gibt zu bedenken, dass erhöhte Geschwindigkeiten vor allem ortsauwärts und nachts gemessen werden. Er teilt die Meinung von Herrn Weigel, dass das Erfassen von Rotlichtsündern an dieser Stelle unsinnig sei.

5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Ortsvorsteher Herlein stellt fest, dass für viele Anträge des Ortsbeirates, die zum Teil schon fast ein Jahr alt seien, noch immer keine Stellungnahmen des Magistrates vorliegen. Dies halte er in keine Weise für akzeptabel.

Folgende Stellungnahmen des Magistrats liegen vor:

- Streuobstwiesen, Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2013, OBR1832/2013;
- Schreiben des Magistrats vom 11.03.2014 -
- Grundstücksverkäufe in Kleinlinden, Antrag des Ortsvorstehers vom 06.01.2013, OBR/2020/2013;
- Schreiben des Magistrats vom 11.03.2014 -
- Kostenstruktur des städtischen Busverkehrs, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.01.2014, OBR/1941/2014
- Schreiben des Magistrats vom 27.02.2014 -
- Beheizbarkeit der Friedhofskapelle, Antrag der Ortsvorstehers vom 08.09.2013, OBR/1750/2013
- Schreiben des Magistrats vom 20.02.2014 -

- Hinweisschild auf der Wetzlarer Straße zur Radaranlage, Antrag des Ortsvorstehers vom 26.10.2014, OBR/1834/2013;
- Schreiben des Magistrats vom 19.02.2014 -
- Halteverbot in der Bernhardstraße, Antrag des Ortsvorstehers vom 26.10.2013, OBR/1835/2013;
- Schreiben des Magistrats vom 19.02.2014 -

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, bemängelt, bei einer Vielzahl von Anträgen stehe die Stellungnahme durch den Magistrat noch aus. Er habe das Gefühl, dass von ihm gestellte Anträge grundsätzlich nicht beantwortet werden. Dies halte er für höchst undemokratisch. Er erwarte, dass die noch ausstehenden Antworten bis zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates vorgelegt werden.

6. Mitteilungen und Anfragen

Es wird nichts vorgebracht.

7. Anbringung eines Abfallbehälters an der Bushaltestelle Brüder-Grimm-Schule OBR/2144/2014 - Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2014 -

Antrag:

Wir bitten den Magistrat der Stadt Gießen über die Stadtwerke Gießen dafür zu sorgen, dass an der Bushaltestelle Brüder – Grimm – Schule Richtung Allendorf wieder ein Abfallbehälter angebracht wird.

Begründung:

Da seit Wochen der dortige Abfallbehälter fehlt, wird der Müll achtlos in die Gegend geworfen. Es sieht da schlimm aus.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Janetzky-Klein und Wagenbach.

Herr Wagenbach ergänzt den Antragstext wie folgt:

Wir bitten den Magistrat der Stadt Gießen über die Stadtwerke Gießen dafür zu sorgen, dass an der Bushaltestelle Brüder – Grimm – Schule **Süd**, Richtung Allendorf wieder ein Abfallbehälter angebracht wird.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig beschlossen.

**8. "Gießen-Schild" am Ortseingang Wetzlarer Straße OBR/2145/2014
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.03.2014 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, das Ortseingangsschild an der Wetzlarer (von Dutenhofen) zu versetzen bzw. die Hinweisschilder für Kirchen zu versetzen, damit man als Autofahrer das Schild von weitem sieht nicht erst wenn man schon fast an der ehemaligen Tankstelle ist.

Begründung:

Autofahrer sehen das Ortseingangsschild nicht und fahren ungebremst nach Kleinlinden hinein ohne die Geschwindigkeit reduzieren. Dieser Zustand sollte schnellstmöglichen geändert werden.

Frau Kaminski, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Herr Pausch erläutert, es gebe keine Handhabe das Ortsschild in Richtung Dutenhofen zu versetzen. Es werde zurzeit, in Absprache mit den Kirchengemeinden, abgeklärt, ob die Hinweisschilder der Kirchen entfernt, bzw. versetzt werden können.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, FDP, 1 GR, StE: 1 GR).

**9. Markierungen zwischen Kleinlinden und Allendorf parallel OBR/2146/2014
der Hochspannungsleitung
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.2014 -**

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welchem Zweck die parallel zur Hochspannungsleitung zwischen Kleinlinden und Allendorf aufgestellten Markierungen dienen.

Begründung:

Da die Markierungen teilweise auf dem Gebiet der Gemarkung Kleinlinden liegen und es sich offensichtlich um eine von der öffentlichen Hand vorgenommene Markierung handelt, sollte der Ortsbeirat Kleinlinden informiert werden.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Herr Pausch erklärt, es handele sich hierbei vermutlich nicht um städtische

Markierungen, sondern um den Verlauf der Ruhrgasleitung. Näheres sei ihm nicht bekannt.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, widerspricht Herrn Pausch insofern, dass die Markierungen von städtischen Mitarbeitern durchgeführt wurden.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**10. Beschädigter Laternenmast Brandwegbrücke
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.2014 -**

OBR/2147/2014

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass der beschädigte Laternenmast jenseits der Brandwegbrücke repariert wird.

Gleichzeitig wird der Magistrat gebeten zu berichten, ob die für die Beschädigung verantwortlichen Vandalen ermittelt wurden und wie der Magistrat in Zukunft dem immer wieder auftretenden Fällen von Vandalismus in Kleinlinden vorbeugen will.

Begründung:

Der beschädigte Laternenmast kann seine Funktion zurzeit nicht erfüllen und verschandelt darüber hinaus die Landschaft.

Wie zu hören ist, wurde die Beschädigung durch randalierende Jugendliche begangen.

Dieser Vorgang zeigt erneut, dass für Kleinlinden bislang ein schlüssiges und wirkungsvolles Konzept der aufsuchenden Jugendsozialarbeit fehlt.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Er vertritt die Auffassung, da sich Fälle von Vandalismus in Kleinlinden häufen, müsse die aufsuchende Jugendsozialarbeit stärker in Kleinlinden tätig werden.

Frau Janetzky-Klein, Bündnis 90/Die Grünen, bittet um absatzweise Abstimmung des Antrages.

Beratungsergebnis:

1. Absatz: Einstimmig beschlossen

2. Absatz: Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, FDP, StE: GR)

Vorlage OBR/2147/2014:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, FDP, 1 GR, StE: 1 GR).

**11. Berichts Antrag zur Schüler- und Kinderbetreuung in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 20.04.2014 -**

OBR/2148/2014

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates folgende Fragen zur Schüler- und Kinderbetreuung in Kleinlinden zu beantworten:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler werden im laufenden Schuljahr in der Schülerbetreuung der Brüder-Grimm-Schule und wie viele im Hort der Ev. Kindertagesstätte „Rote Schule“ betreut?
2. Wie viele Anmeldungen gab es im laufenden Schuljahr jeweils für diese beiden Einrichtungen?
3. Wie sehen die Zahlen zu 1. und 2. bislang für das kommende Schuljahr 2014/2015 aus?
4. Trifft es zu, dass die Stadt Gießen der Ev. Kirchengemeinde bei Realisierung des von dieser geplanten Umzuges der Schülerbetreuung in das Jugendheim in der Hügelsestraße die Schließung des Hortes angedroht hat?
5. Falls dies zutrifft, welche Gründe hat die Stadt für diese Vorgehensweise?
6. Sieht die Stadt sich in der Lage, den evtl. Wegfall der Schülerbetreuung durch die Ev. Kirchengemeinde wo und wie aufzufangen ?
7. Sieht die Stadt sich in der Lage, die Ganztagskitaplätze, die bei einem Umzug der Schülerbetreuung der Ev. Kirchengemeinde in das Jugendheim in der Hügelsestraße in der Kita „Rote Schule“ von der Ev. Kirchengemeinde vorgesehen waren, für Kleinlindener Kinder an anderer Stelle im Stadtteil einzurichten?

Begründung:

Bislang konnte der Bedarf an Schüler- und Kinderbetreuung in Kleinlinden nicht ausschließlich durch die städtische Kita „Märchenland“ und die Brüder-Grimm-Schule gedeckt werden, so dass die ergänzenden Betreuungsangebote der Ev. Kirchengemeinde von den Kleinlindener Eltern dankbar und mit großer Resonanz seit vielen Jahren wahrgenommen werden.

Dem Vernehmen nach hat die Ev. Kirchengemeinde nun vorgeschlagen, in der Kita „Rote Schule“ zusätzliche Ganztagesangebote zur Kinderbetreuung einzurichten und wegen des dazu notwendigen Raumbedarfes die Schülerbetreuung in das Jugendheim in der Hügelsestraße zu verlegen, was von der Stadt Gießen unter Androhung der Schließung der gesamten Schülerbetreuung der Ev. Kirchengemeinde abgelehnt worden sei.

Falls dieser Sachverhalt zutrifft, ergeben sich automatisch o. a. Fragen und ein Klärungsbedarf, warum der Magistrat sich einem offenbar der Verbesserung der

Betreuungssituation für Kleinlindener Kinder und Schüler dienenden Vorschlag der Ev. Kirchengemeinde entgegenstellt.

Die Dringlichkeit der Antwort auf diesen Berichtsantrag ergibt sich aus dem herannahenden neuen Schul- und Kindergartenjahr.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Prof. Dr. Lutz, Janetzky-Klein, Dr. Greilich.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, ändert den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, bis **zu den Sommerferien** dem Ortsbeirate folgende Fragen zur Schüler- und Kinderbetreuung in Kleinlinden zu beantworten:“

Frau Janetzky-Klein, Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, den Punkten 1 – 3 des Antrages können sie zustimmen. Für die Punkte 4 – 7 stelle sie folgenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten bis zu den Sommerferien einen Sachstandsbericht über die Situation der Schüler- und Kinderbetreuung in Kleinlinden zu geben und über bereits geführte Gespräche zu berichten.“

Der Änderungsantrag von Frau Janetzky-Klein wird **mehrheitlich abgelehnt**. (Ja: GR; Nein: SPD, CDU, FDP)

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, FDP, 1 GR, StE: 1 GR).

12. Stand der Entwicklung des Projektes "Lahnpark" OBR/2149/2014
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
24.04.2014 -

Antrag:

Wir bitten um einen Bericht zum Stand der Entwicklung des Projektes „Lahnpark“.

Begründung:

Der Magistrat der Stadt Gießen hatte mit Schreiben vom 14.11.2011 dem Ortsbeirat Kleinlinden ein integriertes Entwicklungskonzept „Lahnpark“ vorgelegt. Dazu wurde von Bündnis 90/Die Grünen am 15.02.2012 eine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

Die Lahnpark GmbH hat mit Schreiben vom 17.01.2013 uns erneut informiert und eine Karte des Lahnarks geschickt.

Zeitungsberichte (z.B. Gießener Anzeiger vom 02.03.2013, Gießener Allgemeine vom 04.03.2014) legen nahe, dass innerhalb der vergangen Zeit weitere Entwicklungsschritte erfolgt sind. Welche Schritte sind das, wie weit ist eine Umsetzung der Ideen erfolgt, die politische Absicherung fortgeschritten?

Wir bitten dabei darzulegen, welche Verbindungen zu dem Lahntal-Tourismusverband, dem Naturschutzbund Deutschland, der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz, der Landschaftspflegevereinigung Gießen sowie dem Verein „Rettet die Lahnaue“ bestehen und worüber Übereinkünfte erzielt bzw. wo Meinungsdivergenzen nicht ausgeräumt werden konnten.

Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

**13. Bürgergespräch zum Thema: Linie 1/Linie 11/Haltestelle OBR/2150/2014
Brüder-Grimm-Schule
- Antrag des Ortsvorstehers vom 27.04.2014 -**

Antrag:

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet die Oberbürgermeisterin bzw. den Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Gießen um eine schnellstmögliche Einberufung eines Bürgergespräches zum Thema:
„Linie 1 und Linie 11 in Kleinlinden und die Anbindung der Brüder-Grimm-Schule an diese Buslinien.“

Begründung:

Mit Schreiben vom 27.04.2014 um 9.14 Uhr teilt Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich dem Antragsteller und den Mitgliedern des Ortsbeirates - auf ein per Mail erfolgtes Anschreiben des Ortsvorsteher vom 26.04.2014, siehe nachstehend aufgeführt - autokratisch formuliert mit:

„Was den Wunsch des Ortsbeirates nach einer Entschärfung der Verkehrssituation vor der Brüder-Grimm-Schule betrifft, sind wir auch nach nochmaliger Überprüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass einzig eine Verhaltensänderung der Eltern Abhilfe schaffen wird. Weder eine Verlegung der Bushaltestelle in der Lützellindener Straße noch die Schaffung eines Parkplatzes für den Hol- und Bringdienst ist eine Lösung für das Fehlverhalten einiger Verkehrsteilnehmer. Diese Bewertung habe ich Ihnen in etlichen Ortsbeiratssitzungen vorgetragen und auch bei einem Vororttermin den Mitgliedern des Ortsbeirates, den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie der Schulleitung erläutert. Ich möchte daher davon absehen, einen Runden Tisch einzuberufen.“

Angesichts des entlarvenden „Pluralis Majestatis“ wird deutlich, dass die ehemalige

grüne Stadtverordnete und nun hauptamtliche Bürgermeisterin der Stadt Gießen in keiner Weise die ehemals gerade von den Grünen propagierte Bürgerbeteiligung in einer mündigen und demokratischen Gesellschaft umzusetzen gedenkt.

Gerade aber in der Frage einer Busanbindung Linie 1 und 11 - auch angesichts der Tatsache, dass es dazu vor ca. 20 Jahren schon einmal eine außerordentlich erfolgreiche Bürgerversammlung mit einer klar deeskalierenden Wirkung und der Findung eines von allen Seiten akzeptierten Kompromisses gab - erscheint es zwingend, die offensichtliche Problemlage und dabei vorhandene Konfliktsituation im Rahmen eines Bürgergespräches zu erläutern und zu entschärfen.

Dabei ist es zugleich zwingend, dass an einem derartigen Gesprächskreis in einer ersten Gesprächsrunde,

- *der Ortsvorsteher des Ortsbeirates Kleinlinden die Konfliktsituation in Kleinlinden aufzeigt,*
 - *jeweils ein Vertreter der für die jeweiligen Buslinien zuständigen Einrichtungen die jeweilige Position zur Buslinie darlegt und zugleich aber auch schon – falls geplant – eventuelle Veränderungen verdeutlicht,*
 - *ein Vertreter des Magistrats die Ansprüche der Stadt Gießen an die Linie 1 und 11 benennen,*
- teilnimmt.*

In einer zweiten Gesprächsrunde haben dann die Bürgerinnen und Bürger in Kleinlinden die Möglichkeit, Ihre persönlichen Meinungen zu der Problemlage zu der Busverbindung an der Brüder-Grimm-Schule, der Belastung der Anwohner in der Straße „Zur Heide“ aber auch dem Anspruch der älteren Mitbürger für eine entfernungsnahen Buslinie darzulegen.

*Norbert Herlein
Ortsvorsteher*

Per Mail am 26.04. 2014 um 17.35 Uhr gesendetes Schreiben:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich,
ich bedanke mich für **die Nichtinformation** des Ortsbeirates Kleinlinden über die Baumaßnahmen in der Wetzlarer Straße und die Sperrung der Verkehrsführung von der Straße „Zum Weiher“ auf die Wetzlarer Straße und damit zugleich die Führung des Verkehrs vom Bürgerhaus über die anliegenden Straßen.
Sollte es sich hierbei um die **Baumaßnahmen für die Radaranlage** handeln, so bin ich erfreut darüber, dass nun nach mehrjähriger Wartezeit die unendliche Geschichte der Aufstellung dieser Anlage nun doch ein Ende zu finden scheint.
In diesem Zusammenhang erlaube ich mir noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Ortsbeirat Kleinlinden eindeutig für eine Radaranlage votiert hat, die die Verkehrsüberschreitungen der beiden Fahrbahnsuren erfasst. Sollte dieses nicht erfolgt sein, so wäre dies ein Schildbürgerstreich der Verwaltung.

Ich bedanke mich des Weiteren zugleich für **die Nichtumsetzung** des Beschlusses des Ortsbeirates der letzten Ortsbeiratssitzung Februar dieses Jahres, in der einstimmig der

Magistrat der Stadt Gießen gebeten wurde – und ich erlaube mir hier zu zitieren –
**„zur dringend notwendigen Entschärfung der Verkehrssituation vor dem
Grundschulbereich der Brüder-Grimm-Schule unverzüglich einen Gesprächskreis
einzuberufen und über das Ergebnis der Beratung anschließend im Ortsbeirat zu
berichten.“**

sowie **die Nichtausführung** des einstimmig beschlossenen Antrages vom September
2013 – ich erlaube mir hier ebenfalls zu zitieren – in der der Magistrat der Stadt
Gießen gebeten wurde:

„zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung bis zum Jahresende zu berichten, wie
die nachfolgend beschriebenen, sehr unansehnlichen, Straßenbereiche in der
Wetzlarer und Frankfurter Straße umgehend umgestaltet werden können. Dies
insbesondere im Hinblick auf eine Landesgartenschau in 2014, bei der etliche
Besucher sicherlich auch über die Einfallstraßen Wetzlarer Straße und Frankfurter
Straße den Zugang hin zur Gartenschau suchen werden.

...

Inhalt der Prüfung sollte insbesondere (u.a., der Verfasser dieses Schreibens) **sein:**

...

- Der Fußgängerüberweg auf der Höhe der ehemaligen Volksbank Kleinlinden in der
Wetzlarer Straße ist zusammen mit den dort ebenfalls noch ausgewiesenen öffentlichen
Parkplätzen umzugestalten. Hierbei sollte zugleich eine weitere Haltestelle der Linie 11
links- wie rechtsseitig vorgesehen werden. Im Mittelbereich der Straße sollte so wie am
Ende der Wetzlarer Straße mittig ein Baum als optische Bremse für den einfahrenden
Verkehr gepflanzt werden.

- Die Kreuzung Wetzlarer Straße/Frankfurter Straße ist durch sachgerechte
Blumenbepflanzung zu verschönern. Die Straßeninseln in beiden Straßen sind
fachgerecht zu säubern und von Unkraut dauerhaft zu befreien.

- Der Eingangsbereich Frankfurter Straße von Großen Linden kommend ist gärtnerisch
zu gestalten, so dass er zu einer positiven Visitenkarte Gießens für die
Landesgartenschau wird.“

Da Sie für die Erledigung dieser Aufgaben politisch zuständig sind, muss ich zu meinen
großen Bedauern erneut feststellen, dass Sie den berechtigten Anliegen des
zweitgrößten Vorortes in Gießen (mit mehr als 5000 Mitbürger) in keiner Weise
Rechnung tragen. Dieses bestätigt erneut meine Wahrnehmung, dass Sie - aus für mich
nicht nachvollziehbaren Gründen - Kleinlinden verwaltungstechnisch immer wieder
stiefmütterlich behandeln und eindeutig nachvollziehbare Beschlüsse des Ortsbeirates
nicht sachgerecht umsetzen.

Gerade auch in Bezug auf die Landesgartenschau muss festgestellt werden, dass das
Setzen von Kunstleitpfosten die handwerkliche Arbeit einer Straßenreinigung und des
Gartenbauamtes , in den Bereichen in Kleinlinden für die die Stadt Gießen in
Kleinlinden zuständig ist, in keiner Weise ersetzen kann und darf.

Bitte haben Sie angesichts dieser Problemlagen Verständnis dafür, dass ich dieses
Schreiben der heimischen Presse zugänglich mache und es auch Frau

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz zukommen lasse.

In der weiteren Hoffnung, dass Sie Ihre Aufgaben als für den Ortsbeirat Kleinlinden zuständige Dezernentin in Bälde sachgerecht wahrnehmen, verbleibe ich

Mit freundlichem Gruß
Norbert Herlein
Ortsvorsteher
Oberstudiendirektor a.D.
Diplomingenieur (Ing. grad.)...“

Herr Prof. Dr. Lutz übernimmt als das an Jahren älteste Mitglied des Ortsbeirates den Vorsitz.

Herr Herlein verliest den Antragstext und zitiert Teile des Schriftverkehrs aus der Antragsbegründung.

Herr Herlein führt aus, es gebe unbestritten eine Konfliktsituation. Er sei daher sehr verwundert darüber, dass die Bürgermeisterin ein Bürgergespräch ablehne. Er kritisiere vor allem, dass eine Reaktion auf den im Januar beschlossenen Antrag erst auf Nachfrage seinerseits im April erfolgt sei. Es gebe einen einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates, ein Bürgergespräch durchzuführen, der vom Magistrat einfach ignoriert werde.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, stimmt den Ausführungen des Ortsvorstehers zu und ergänzt, obwohl der Magistrat wisse, dass hier Fehlverhalten vorliege, erfolgen keine Kontrollen durch das Ordnungsamt. Diese Kontrollen fordere er dringend ein.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, hält es für eine Unverschämtheit, dass auf Nachfrage lediglich eine E-Mail an den Ortsvorsteher versandt wurde und es bis zum heutigen Tage keine schriftliche Antwort des Magistrats zum vorliegenden Antrag gebe. Aus diesem Grund gebe es keine andere Möglichkeit als den Antrag des Ortsvorstehers heute zu beschließen.

Herr Dr. Greilich teilt weiter mit, ihm liege ein Schreiben der IG Heide und oberer Kleinlindener Str. vor, welches diese am 06.02.2014 an die Oberbürgermeisterin gerichtet habe. Die Oberbürgermeisterin teilt mit Schreiben vom 17.02.2014 mit, dass sie das Schreiben an das zuständige Dezernat weitergeleitet habe. Seither habe die IG keinerlei Reaktion von der zuständigen Dezernentin erhalten. Er halte dies für einen Affront sondergleichen. So könne man nicht mit den Belangen engagierter Bürger umgehen.
Der Schriftverkehr wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz sagt dem Ortsbeirat zu, sich ein genaues Bild über die Situation zu verschaffen und dann den Ortsvorsteher zu informieren.

Frau Janetzki-Klein, Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, der Magistrat habe bereits einiges unternommen um die zu Situation verbessern. Selbstverständlich sei sie grundsätzlich für ein Bürgergespräch. Sie halte es jedoch für sinnvoll den anstehenden Wegfall der Buslinie 11 abzuwarten.

Frau Helmchen hält die Einrichtung eines Hol- und Bringplatzes für entscheidend, um die Verkehrssituation vor der Schule zu entschärfen. Der Idee der „Roten Karte“ wurde leider eine Absage durch den Schulleiter erteilt. Dies wäre ihrer Ansicht nach ein Ansatz gewesen, um eine Verhaltensänderung bei den Eltern zu bewirken.

Frau Kaminski, SPD-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Durchführung eines Bürgergespräches aus, hält es jedoch für wichtig, dies sehr gut vorzubereiten.

Herr Herlein fasst abschließend zusammen, zu einem Bürgergespräch könne nur der Magistrat oder der Stadtverordnetenvorsteher einladen. Der einzuladende Personenkreis müsse möglichst groß sein (Eltern, Anwohner, SWG, Wetzlarer Verkehrsbetriebe etc.). Dies sei wichtig für das gegenseitige Verständnis. Wenn den Bürgerinnen und Bürgern der Umfang des Problems verdeutlicht werde, stoße man evtl. auf größeres Verständnis.

Auf Antrag von **Frau Janetzky-Klein** werden die folgenden Ausführungen wörtlich protokolliert:

Prof. Dr. Lutz: *„Herr Pausch, möchten Sie noch etwas dazu sagen.“*

Ortsvorsteher Herlein: *„Ich bitte um Nachsicht Herr Prof. Dr. Lutz, Herr Pausch kann nichts sagen. Da sind wir wieder jetzt in einer ganz schwierigen Situation.“*

Herr Prof. Dr. Lutz: *„Ich hatte gedacht, er wollte etwas sagen.“*

Orstvorsteher Herlein: *„Der Magistrat der Stadt Gießen hat mir nicht mitgeteilt, dass ist das Verrückte in der ganzen Angelegenheit. Wir hatten schon einmal Herrn Grußdorf hier, können Sie sich daran erinnern. Die Oberbürgermeisterin erteilt die Genehmigung, in diesen Sitzungen, der Verwaltung zu reden. Oder auch den Mitgliedern des Magistrats, hier Rede und Antwort zu stehen. Mir liegt nichts vor, Ihnen damit ja auch nicht, dass Herr Pausch oder Herr Fritz für den Magistrat spricht. Herr Fritz kann automatisch als Stadtverordnetenvorsteher reden, aber Herr Pausch nicht. Deswegen ist es ganz schwierig momentan. Auch in der nächsten Fragestellung.“*

Frau Helmchen: *„Nicht zur Sache an sich. Ich finde es trotzdem etwas schade, dass*

Herr Pausch - ich weiß nicht ob er tatsächlich jetzt etwas sagen könnte oder wollte - weil jetzt Bürger da sind, die Antworten brauchen. Ich fände es ganz schön, vielleicht unterbrechen wir einfach die Sitzung mal für 2-3 Minuten. Das wäre jetzt mal eine Anregung. Ich finde es total schade, dass die Leute die sich immer die Mühe machen hierherzukommen, dass die ihr Anliegen loswerden können und bekommen dann irgendwann eine schriftliche Antwort. Das ist nur eine Anregung, ich weiß nicht, ob Herr Pausch tatsächlich etwas sagen wollte oder nicht.“

Herr Herlein: „*Sie habe es gerade gehört, Herr Pausch hat keine schriftliche Vollmacht.“*

Herr Pausch: „*Ich fühle mich außerstande ob dieser Aussage des Ortsvorstehers mich hier zu äußern. Ich könnte nur eine private Meinung wiedergeben. Wenn das hier so gesehen wird, bitte ich um Verständnis. Auch wenn ich zwar heute Abend nicht zu meinem Vergnügen hierher gekommen bin.“*

Ortsvorsteher Herlein: „*Deswegen wäre es ja sehr hilfreich gewesen, man hätte mir geschrieben und hätte gesagt, Herr Pausch hat die Berechtigung. Es ist einfach nur misslich. Es ist die Verfahrensweise der Stadt Gießen.“*

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, FDP, 1 GR, Nein: 1 GR).

Ortsvorsteher Herlein übernimmt wieder den Vorsitz.

**14. Wiederherstellung der ehemaligen 30 km/h-Zone in der Wetzlarer Straße in Kleinlinden OBR/2151/2014
- Antrag des Ortsvorstehers vom 27.04.2014 -**

Antrag:

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen, durch schnellstmögliche Gespräche und schriftliche Kontaktaufnahme mit dem für das hessische Wirtschaftsministerium zuständigen Minister, sicherzustellen, dass die ehemalige Interpretationen des Regierungspräsidiums für 30 km/h-Zonen in Landesstraßen überarbeitet und die Verfügung des Regierungspräsidenten Gießen vom 21. Februar 2012 aufgehoben wird.

Damit sollte dann sichergestellt werden, dass der in der Wetzlarer Straße vor dem 21. Februar 2012 vorhandene Zustand einer 30km/h-Zone wieder hergestellt wird.

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen in diesem Zusammenhang um eine zeitnahe Übermittlung der in dieser Fragestellung an den hessischen Minister weitergereichten Schriftstücke.

Begründung:

Angesichts der Übernahme des hessischen Wirtschaftsministeriums durch den grünen Landespolitiker Tarek Al-Wazir und die Positionen der hessischen Grünen zu 30 km/h-Zonen dürfte eine derartige Neuorientierung des Regierungspräsidenten in Gießen zwangsläufig sein.

Auf Antrag von **Frau Janetzky-Klein**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, werden die folgenden Ausführungen wörtlich protokolliert:

Ortsvorsteher Herlein: „Jetzt sind wir wieder in einer ganz schwierigen Situation, ich habe vorhin schon darauf hingewiesen. Mir liegt keine schriftliche Information des Magistrats vor, das bedauere ich jetzt sehr, weil Herr Pausch ja der Fachmann ist in der Fragestellung der Radaranlage, hier Auskunft zu geben für den Magistrat. Das Problem Herr Pausch lässt sich momentan auf eine ganz schwierige Situation ein. Ich würde mich freuen, wenn er begründet warum oder wie es dazu gekommen ist um nach Lösungen zu suchen. Aber im Grund genommen darf er es nicht. Ich als Ortsvorsteher muss auch darauf hinweisen, dass ist die Vorbemerkung, dass er nicht darf. Wir hatten das auch im Fall Herr Grußdorf, ehrenamtliches Magistratsmitglied der ja hier auch häufig zu Wort kommen wollte und ich sagen musste, das geht nicht, es liegt keine Zustimmung des Magistrats vor, bzw. der Oberbürgermeisterin. Eine ganz missliche Situation und die ist bitte jetzt, um es noch einmal deutlich zu machen, nicht von uns verschuldet, sondern die ist von Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich verschuldet, weil sie heute nicht hier ist, bzw. weil es keine schriftliche Information an den Ortsvorsteher gibt“

Frau Helmchen: „Aber mit irgendeinem Auftrag ist Herr Pausch doch heute Abend hier.“

Ortsvorsteher Herlein: „Ja, das frage ich mich ja gerade. Nur mir liegt nichts vor. Das ist doch das Verrückte.“

Prof. Dr. Lutz: „Ich will einfach mal formal fragen, hat denn die Frau Bürgermeisterin ihnen mündlich eine Genehmigung gegeben.“

Ortsvorsteher Herlein: „Die Bürgermeisterin kann nicht, das ist die Aufgabe der Oberbürgermeisterin. Das ist es doch formal, ich verstehe es nicht. Ich würde mich freuen wenn er jetzt sagen würde... nicht verständlich..“

Frau Helmchen: „Also, ich muss sagen, das finde ich jetzt sehr skurril. Da wird ein Mitarbeiter der Verwaltung hier her entsendet, nach Feierabend. Er hat selber gesagt, er ist nicht hier weil er schon immer mal bei uns teilnehmen wollte, und wir unterstellen jetzt, dass es da keinen Auftrag gibt.“

Ortsvorsteher Herlein: „Ich unterstelle nicht, ich stelle nur fest, Frau Helmchen. Mir liegt weder schriftlich, noch per Mail, noch per Telefon eine Information vor. Ich würde sagen, ich möchte ihn gerne anhören. Ich sage es nur. Aber ich möchte auch gleichzeitig darauf hinweisen, mir liegt nichts vor. Bevor wir jetzt in die Behandlung

dieses Tagesordnungspunktes gehen, weil das ist die Schwierigkeit. Bitte geben Sie mir einen Lösungsvorschlag, Herr Stadtverordnetenvorsteher, sie kennen doch die einschlägigen Vorschriften“.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz: „Ich kenne die Regelungen aus den anderen Ortsbeiräten, wenn ein Amtsleiter oder der Referent der Bürgermeisterin oder der Oberbürgermeisterin anwesend ist, kann er zu der Thematik sprechen. Ich habe bisher noch nicht erlebt, dass da eine schriftliche Zustimmung verlangt wurde, wenn die Oberbürgermeisterin oder die Bürgermeisterin dem Referenten gesagt hat, jawohl, da können sie dazu Stellung nehmen, da sind sie Fachmann, da können sie dementsprechend etwas sagen. Wenn das nicht der Fall ist und Herr Pausch verhält sich jetzt formal vollkommen korrekt. Er sagt, der Ortsvorsteher hat das so ausgeführt und wenn der Ortsvorsteher das so feststellt, dann ist das so. Dann verhält er sich korrekt in dem er nichts sagt. Ich finde es schade.“

Ortsvorsteher Herlein: „Wenn Herr Pausch jetzt hier zu Protokoll geben würde, dass er von Bürgermeisterin Weigel-Greulich beauftragt ist, hier Stellung zu dieser Frage zu nehmen, dann denke ich mir ist die Kuh vielleicht vom Eis.“

Frau Janetzky-Klein: „Dann zerreißen Sie doch die Bürgermeisterin genau zu dieser Thematik wieder hier in diesem Gremium. Das ist dann doch einfach so.“

Ortsvorsteher Herlein: „Entschuldigen Sie, ich suche gerade nach einer Lösung. Ich verstehe Ihre Wortmeldung nicht. Wenn Herr Pausch jetzt sagt er ist ...“

Herr Prof. Dr. Lutz: „Ich muss jetzt die Sitzung leiten. Wenn Herr Pausch jetzt sagt...“

Ortsvorsteher Herlein: „Nein, noch nicht. Wir sind ja noch davor, das müssen wir erst einmal klären. Das muss ich als Ortsvorsteher. Die Frage ist doch wenn wir jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt kommen jetzt, hat Herr Pausch die Möglichkeit hier seine Information einzubringen. Ich schlage als Lösung jetzt vor, wenn Herr Pausch jetzt hier zu Protokoll erklärt, er hat von Frau Bürgermeisterin Weigel-Greulich den Auftrag zur Radaranlage etwas zu sagen, dann akzeptieren wir das, dann ist es auch kein Regelverstoß. Ich will doch nur eine Lösung des ganzen.“

Herr Pausch: „Aufgrund der von Ihnen vorgetragene formalrechtlichen Bedenken, sehe ich mich außer Stande hier heute Abend zu irgendeiner Thematik noch etwas zu sagen. Ich bitte da um Verständnis. Sie haben derart gravierende Bedenken vorgetragen, die quasi schon auf ein Dienstvergehen hinauslaufen könnten. Darum muss ich mich bei unserem Rechtsamt rückversichern und wir werden die Anträge schriftlich beantworten.“

Prof. Dr. Lutz: „Ich habe noch einen anderen Vorschlag, wir unterbrechen die Sitzung an dieser Stelle und bitten Herrn Pausch zu diesem Thema Stellung zu nehmen und dann setzen wir die Sitzung fort.“

Frau Helmchen: „Ob er das jetzt zu Protokoll erklärt oder nicht, das macht ja an der Stelle juristisch betrachtet keinen Unterschied. Da ist das Dienstvergehen

Dienstvergehen, aber ich finde es schon großartig.“

Herr Dr. Greilich: *„Ich möchte nur noch einmal sagen, der Ortsvorsteher hat mit seiner Interpretation völlig recht, Frau Helmchen, das Problem ist, die Oberbürgermeisterin hat die Bürgermeisterin sozusagen bestimmt als zuständige Dezernentin für den Ortsbeirat Kleinlinden. Der jetzige Missstand, denn wir hier alle beklagen, liegt daran, dass die Bürgermeisterin es versäumt hat, den Herrn Pausch zu beauftragen. Der Stadtverordnetenvorsteher hat das vorhin im Prinzip genauso geschildert. Wenn der zuständige Dezernent dem Amtsleiter das Wort erteilt, dann kann der sprechen, aber nicht ohne das. Von daher hat Herr Pausch auch völlig recht. Aber das Versäumnis liegt bei der Bürgermeisterin.“*

Herr Wagenbach: *„Entschuldigung, aber erklären Sie das mal dem deutschen ‚Normalbürger‘. Da wird der Herr Pausch von der Bürgermeisterin hierher geschickt als kompetenter Mann, der Auskunft geben kann, der genau Bescheid weiß. Dann haben wir hier so eine Stumpfsinn-Veranstaltung. Da fühlt sich der Bürger doch langsam verhöhnepiepelt.“*

Ortsvorsteher Herlein: *„Herr Wagenbach, Sie haben vollkommen Recht. Deswegen habe ich Herrn Pausch gefragt ob er von Frau Bürgermeisterin beauftragt worden ist. Jetzt wird von Herrn Pausch dargestellt, angesichts der Situation, kann er nicht einmal sagen er ist beauftragt worden. So habe ich das bisher wahrgenommen. So damit stehen wir doch in einer ganz schwierigen Situation und ich sage es noch einmal. Es liegt auch von Frau Weigel-Greilich keine schriftliche Information an meine Person vor, dass sie heute nicht kommen konnte. Bitte sehr. Was machen wir denn jetzt. Wir können das Problem besprechen, wir können es beschließen und dann wird Herr Pausch, so hoffe ich, zusammen mit Frau Weigel-Greilich in der nächsten Ortsbeiratssitzung hier sein um die Problemlage noch mal darzulegen, oder auch aufzunehmen, dass es hier andere Wünsche gibt, für diesen da oben befindlichen Konfliktpunkt. Diese Frage muss vorher geklärt werden. Herr Pausch, wenn Sie von Frau Weigel-Greilich beauftragt worden sind, dann ist es kein Problem zu sagen, ich bin beauftragt worden, dann hören wir Sie an.“*

Frau Janetzky-Klein: *„Die Situation ist doch jetzt so wie sie ist. Wir machen in der Tagesordnung weiter. Er hat sich dazu geäußert, sie haben sich dazu geäußert und jetzt machen wir einfach weiter.“*

Ortsvorsteher Herlein: *„Frau Janetzky-Klein, ich versuche gerade etwas zu lösen. Herr Pausch sagt, er ist nicht bevollmächtigt.“*

Frau Helmchen: *„Das Ergebnis ist doch jetzt klar.“*

Stadtverordnetenvorsteher Fritz: *„Er hat gesagt, er ist nicht ausdrücklich bevollmächtigt. Er hat sich mit Sicherheit vorhin am Anfang an der Tatsache gestoßen und wurde vorsichtig. Es liegt keine Bevollmächtigung beim Ortsvorsteher vor und dann darf er nichts sagen. Und dadurch hat er natürlich gesagt, bevor ich da formal gegen irgendetwas verstoße, bleibe ich dann lieber in der Ruhestellung. Da hat er natürlich Recht.“*

Herr Herlein: „Dann nehmen wir jetzt in das Protokoll rein: Herr Pausch bestätigt, dass er von Frau Weigel-Greilich nicht bevollmächtigt wurde zu der Fragestellung Stellung zu nehmen.“

Herr Prof. Dr. Lutz: „Nicht ‚ausdrücklich‘.“

Ortsvorsteher Herlein: „Entschuldigen Sie, ich habe auch nichts gegen ‚ausdrücklich‘, das ist nicht die Fragestellung. Wenn Sie es rechtlich klären, wird es sein, ist eine Bevollmächtigung da oder nicht. Ob sie ausdrücklich war oder nicht ausdrücklich war, ist juristisch keine Fragestellung.“

Prof. Dr. Lutz: „Herr Herlein, wer muss momentan die Sitzung leiten?“

Ortsvorsteher Herlein: „Momentan ich noch. Ich sagte gerade, ich bin dabei hier zu klären, wer hier zu diesem Tagesordnungspunkt etwas sagen kann. Und erst dann gehen wir in die entsprechende Besprechung rein. Nur um es deutlich zu machen.“

Frau Janetzky-Klein: „Na ja, dann muss man aber auch ins Protokoll aufnehmen, dass eben aufgrund der Strukturen, die Sie ja so schön aufgezeigt haben, eben diese Situation entstanden ist, das muss dann auch ins Protokoll aufgenommen werden.“

Ortsvorsteher Herlein: „Frau Weigel-Greilich,....“

Frau Janetzky-Klein: „Ich bin nicht Frau Weigel-Greilich, ich bin noch keine Bürgermeisterin in dieser Stadt...“

Ortsvorsteher Herlein: „Frau Janetzky-Klein, ich hätte Ihnen jetzt gerne diese Besoldungsgruppe gegönnt. Das wäre für Sie positiv. Nein, noch einmal. Es gibt eine klare Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung. Es gibt eine klare Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte. Diese Geschäftsordnung macht klare Aussagen zum Rederecht. So ich habe nichts anderes vorgenommen als darauf hinzuweisen. Habe versucht, jetzt die Kuh vom Eis zu holen, jetzt mit der Nachfrage, ob Herr Pausch von Frau Weigel-Greilich bevollmächtigt wurde. Herr Pausch hat gesagt, ich bin nicht bevollmächtigt worden. So, das ist jetzt der Sachstand. Oder es wird jetzt anders geklärt, Herr Pausch sagt, Frau Weigel-Greilich hat mich gebeten dazu Auskunft zu geben. Und dann gibt er dazu Auskunft.“

Frau Janetzky-Klein: „Lassen Sie uns das doch einfach wörtlich protokollieren, dann haben wir die ganze Tatsache da. Dann können sich in der Stadt die entsprechenden Ämter noch einmal damit beschäftigen, dann kann sich der Magistrat damit beschäftigen. Dann haben wir die Situation klar, dann wird das nicht mehr passieren.“

Herr Pausch: „Sie hatten die Notwendigkeit einer schriftlichen Bevollmächtigung am Anfang Ihrer Ausführungen dargelegt und da ich keine schriftliche Bevollmächtigung habe, weder hier, noch an einer anderen Stelle hinterlegt, was auch bisher, Herr Stadtverordnetenvorsteher Fritz hat darauf hingewiesen, in keinem anderen Ortsbeirat bisher notwendig war. Auch während meiner langjährigen Tätigkeit als

Ortsbeiratsmitglied war das nie der Fall. Um nicht etwaigen, von Ihnen dargelegten disziplinarrechtlichen Maßnahmen entgegensehen zu müssen, sehe ich mich gehindert, hier jetzt in der Sache etwas auszuführen.“

Herr Prof. Dr. Lutz: „Ich möchte gerne Herrn Pausch fragen, mit welchem Ziel sind sie heute Abend hierher gekommen?“

Ortsvorsteher Herlein: „Bitte sehr, diese Diskussion....“

Herr Prof. Dr. Lutz: „...ich hatte Herrn Pausch gefragt.“

Ortsvorsteher Herlein: „Nein, Herr Pausch hat ja eine Aussage getätigt. Diese Situation ist nicht vom Ortsbeirat oder vom Ortsvorsteher zu vertreten. Würde Frau Weigel-Greilich hier sitzen, wäre das ganze Problem erledigt. Nur um es deutlich zu machen. Frau Weigel-Greilich sitzt nicht hier. Wie in vielen Ortsbeiratssitzungen schon nicht mehr. So, und damit haben wir genau die Situation. Ich hatte Herrn Pausch schon vor diesem Tagesordnungspunkt auf die Problemlage hingewiesen. Nur um es noch einmal deutlich zu machen. Und es ist formal eine eindeutig klare. Ich kann gar nicht anders als Ortsvorsteher, ich bin verpflichtet dazu. Damit werden wir jetzt zur Behandlung dieses Tagesordnungspunktes übergehen, und sie übernehmen jetzt bitte, Herr Prof. Dr. Lutz“

Herr Prof. Dr. Lutz: „Vorher möchte ich noch gerne meine Frage an Herrn Pausch beantwortet haben.“

Herr Pausch: „Ich bitte um Verständnis, dass ich die Diskussion an dieser Stelle nicht weiterführen kann.“

Herr Prof. Dr. Lutz übernimmt als das an Jahren älteste Mitglied den Vorsitz.

Auf Anregung von **Frau Helmchen**, CDU-Fraktion, ändert **Herr Herlein** den Antrag wie folgt:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen, durch schnellstmögliche Gespräche und schriftliche Kontaktaufnahme mit dem für das hessische Wirtschaftsministerium zuständigen Minister, sicherzustellen, dass die ehemalige Interpretationen des Regierungspräsidiums für 30 km/h-Zonen in Landesstraßen überarbeitet und die Verfügung des Regierungspräsidenten Gießen vom 21. Februar 2012 aufgehoben wird, **um sicherzustellen**, dass der in der Wetzlarer Straße vor dem 21. Februar 2012 vorhandene Zustand einer 30km/h-Zone wieder hergestellt wird.

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen in diesem Zusammenhang um eine zeitnahe Übermittlung der in dieser Fragestellung an den hessischen Minister weitergereichten Schriftstücke.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**15. Radaranlage in Kleinlinden für zwei Fahrspuren
- Dringlichkeitsantrag des Ortsvorstehers vom 01.05.2014**

OBR/2188/2014

Antrag:

Der Ortsbeirat Kleinlinden begrüßt die Errichtung einer Radaranlage in der Wetzlarer Straße. Zugleich bittet er aber den Magistrat der Stadt Gießen, sicherzustellen, dass die erstellte Radaranlage - wie bisher auch immer wieder vom Ortsbeirat gefordert - die zwei Fahrspuren der Wetzlarer Straße erfasst.

Es ist in keiner Weise notwendig, dass die Radaranlage mit der Ampelanlage in der Kreuzung Wetzlarer Straße / Zum Weiher gekoppelt wird, um Rotlichtsünder zu erfassen. Sollte etwas derartiges dennoch schon technisch eingerichtet sein, so erwartet der Ortsbeirat, dass dieses in Bälde geändert und eine technische Erfassung der zwei Fahrspuren neu geplant und technisch umgesetzt wird.

Begründung:

In allen Ortsbeiratssitzungen in denen über die Radaranlagen in Kleinlinden gesprochen und diesbezügliche Beschlüsse für eine Radaranlage in der Wetzlarer Straße gefasst wurden, wurde nie ein Kopplung der Radaranlage mit der Erfassung von Rotlichtsündern im Kreuzungsbereich Wetzlarer Straße / Zum Weiher angesprochen und gefordert.

Vielmehr haben alle Fraktion im Ortsbeirat immer wieder die Erfassung von Geschwindigkeitssündern auf den beiden Fahrspuren der Wetzlarer Straße durch eine Radaranlage gefordert. Von Seiten der Stadt Gießen wurde auch immer wieder darauf hingewiesen, dass dieses auch technisch möglich sei.

Erst durch einen Artikel im Gießener Anzeiger musste der Ortsbeirat erfahren – und hierbei muss wieder einmal festgestellt werden, dass trotz Zusagen des Magistrates der Stadt Gießen der Ortsbeirat Kleinlinden in wichtigen Angelegenheiten die den Ortsteil Kleinlinden betreffen nicht sachgerecht und/oder frühzeitig über Mail oder postalische Schreiben informiert wird – dass die Stadt Gießen nun schon andersartig geplant und bautechnisch auch anscheinend veranlasst hat, dass diese Radaranlage nicht entsprechend den Beschlüssen des Ortsbeirates errichtet werden soll.

Angesichts der Tatsache, dass bisher –und falls, dann nur in ganz seltenen Fällen (da ja auch in den Nachtstunden die Ampelanlage ausgeschaltet ist) - Rotlichtsünder nicht auffällig geworden sind und vor allem die Fahrspur in Richtung Wetzlar durch eine Grünphase der Ampel und einem eindeutig erkennbaren Schild hinter der Ampelanlage für eine Genehmigung von dann 50km/h zu einem schnelleren Fahren als 30 km/h veranlasst, stellt sich die nun erstellte Radaranlage als Schildbürgerstreich der Verwaltung dar.

Angesichts dieser Fakten muss die nun erstellte Radaranlage eindeutig – gemäß den Ansprüchen des Ortsbeirates Kleinlinden – umgerüstet werden.

Gießener Anzeiger vom 30.04.2014

„GIESSEN - (hks). Die „Vorboten“ sind schon da. Unübersehbar. Voraussichtlich in rund zwei Wochen sollen sie in Betrieb gehen. Es sind dann die ersten fest installierten

Messgeräte auf dem Gebiet der Stadt, die sowohl Raser als auch Rotsünder unter den Autofahrern fortan „blitzen“ und im Foto festhalten werden. Die drei Standorte sind längst bekannt: am neuen ampelgesteuerten Überweg an der Ostanlage, im Stadtteil Rödgen in der Großen-Busecker Straße sowie in Kleinlinden in der Wetzlarer Straße. An der Ostanlage stehen schon die sogenannten (freilich noch leeren) „Starenkästen“. Und dort gab es gestern auch bereits das erste Aufsehen: Arbeiter machten sich an den frisch asphaltierten Fahrbahnen zu schaffen. Dabei war die umgebaute Ostanlage vor gerade mal zwei Wochen erst für den Verkehr wieder freigegeben worden.

Hintergrund: Die Messgeräte funktionieren nur über Kontaktschleifen, die in die Straße eingelassen werden müssen. Die Starenkästen stehen auf dem Grünstreifen in der Mitte der Fahrtrichtungen. Ebenfalls im Gange sind die Bauarbeiten in Kleinlinden. Und in Rödgen sind nach den Angaben von Ralf Pausch, Verkehrs Koordinator der Stadt, bereits die „Hülsen“ gesetzt worden. Die eigentliche „Messeinheit“ im Inneren des Kastens werde noch nachgerüstet. In der 20. Kalenderwoche werde das Eichamt sämtliche Anlagen eichen. Erst dann können sie in Betrieb gehen.

In Kleinlinden und Rödgen war es 2012 zu massiven Bürgerprotesten gekommen. Sowohl in der Wetzlarer Straße in Kleinlinden als auch in der Großen-Busecker Straße in Rödgen (in beiden Fällen handelt es sich um eine Landesstraße) galt bis dahin die Tempo-30-Regelung. Auf Betreiben des Regierungspräsidiums und gegen den Willen der Stadt, der Ortsbeiräte und der Anwohner war die Tempo-Begrenzung aber aufgehoben worden. In Rödgen findet sich im Bereich der schnurgeraden Ortseingangsstraße die Grundschule und zudem die auch von Kindern frequentierte Sporthalle; in Kleinlinden ist die viel befahrene Wetzlarer Straße stellenweise sehr schmal, Bürgersteige kommen längst nicht auf die übliche Breite. Nach Proteststürmen, Unterschriftensammlungen und Plakataktionen wurde die angeordnete Aufhebung teilweise zurückgenommen. In einem kleinen Abschnitt der Wetzlarer Straße in Kleinlinden gilt wieder Tempo 30 als erlaubte Höchstgeschwindigkeit. In Rödgen das gleiche Bild, hier aber eingeschränkt auf bestimmte Tage (Montag bis Freitag) und eine bestimmte Zeit – dann, wenn hier Schulkinder unterwegs sind.

An der Ostanlage kommen zwei Geräte zum Einsatz: eines pro Fahrtrichtung, weil diese Anlagen nicht über vier Spuren hinweg messen können. Die „Blitzer“ werden so ausgestattet, dass sie gleichzeitig auch etwaige Rotlichtverstöße an der neuen Ampel erfassen. Das gilt auch für die beiden Standorte in Kleinlinden und Rödgen mit ihren beiden Fußgängerampeln.

Das ganze Vorhaben hatte sich verzögert. Im Mai 2013 war die Verwaltung noch davon ausgegangen, die Anlagen zu Beginn des neuen Schuljahrs im folgenden Sommer in Betrieb nehmen zu können. Doch dies ließ sich nicht realisieren. Notwendig war die vorherige Stellungnahme der Polizeiakademie Hessen (früher Polizeifachhochschule). Doch die hatte auf sich warten lassen. Im vergangenen Herbst lag sie dann vor. Geprüft werden von dieser Stelle die jeweiligen Standorte von Messanlagen und örtlichen Gegebenheiten. Alle vier Punkte hatten die Kriterien erfüllt und sind damit auch „gerichtsfest“.

Die Stadt hat als Investition zusammen die Summe von 260 000 Euro „

Herr Herlein verliest Antragstext und Begründung und bittet um Zustimmung.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, äußert sich verärgert und verwundert über das nun installierte Tempomessgerät. Vom Ortsbeirat wurde immer die Geschwindigkeitsmessung in beide Fahrrichtungen gefordert. Ein Umrüsten des vorhandenen Gerätes halte er nicht für möglich. In einem Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 04.09.2012 sei ebenfalls von Radar-Säulen die Rede gewesen (Kamera kann in beide Fahrrichtungen montiert werden).

Frau Janetzky-Klein, Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, es sei im Vorfeld nicht klar gewesen, welche Art von Geschwindigkeitsmessanlage installiert werde. Sie bittet um Auskunft, warum die nun vorhandene Anlage ausgewählt wurde und schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

Herr Herlein sieht in der Umsetzung der Angelegenheit erneut mangelhafte Transparenz, fehlende Absprache mit dem Ortsbeirat und eine Ausführung am Ortsbeirat vorbei. Seit mehreren Jahren wird darüber geredet, dass diese Radaranlage auf zwei Fahrspuren auszurichten ist. Die Zurückstellung des Antrages lehne er ab. Damit schiebe man das Problem nur auf. Die Stadt müsse sich jetzt Gedanken machen ob sie eine zweite Radaranlage auf der anderen Fahrspur installiere und wird für ihre Entscheidung auch die Verantwortung tragen müssen.

Herr Herlein macht deutlich, falls der Magistrat nicht zu einer Verbesserung bereit sei, werde er daraus eindeutige Konsequenzen ziehen. Man werde ihn bei der nächsten Kommunalwahl nicht mehr auf der Seite finden, auf der er bisher stand.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, führt aus, die Anlage erfülle nicht die seit Jahren geforderten Anforderungen. Grundsätzlich stimme er mit dem Inhalt des Antrages überein, werde sich aber trotzdem der Stimme enthalten, da er keine finanziellen Möglichkeiten bei der Stadt sehe um die Anlage auszutauschen.

Frau Helmchen, CDU-Fraktion erklärt, sie halte die Installierung der Geschwindigkeitsmessanlage grundsätzlich für gut, es sei zumindest ein Anfang. Um aufzuklären, wie es zu der „abgespeckten“ Version gekommen ist, regt Sie an den Antrag wie folgt zu ändern:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden begrüßt die Errichtung einer Radaranlage in der Wetzlarer Straße. Zugleich bittet er aber den Magistrat der Stadt Gießen, sicherzustellen, dass **eine** Radaranlage - wie bisher auch immer wieder vom Ortsbeirat gefordert - die zwei Fahrspuren der Wetzlarer Straße erfasst.

Es ist **fraglich ob** die Radaranlage mit der Ampelanlage in der Kreuzung Wetzlarer Straße / Zum Weiher gekoppelt **werden muss**, um Rotlichtsünder zu erfassen.

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat zu berichten, warum diese Anlage so geplant und

baulich umgesetzt wurde unter Berücksichtigung der Überlegungen aus dem Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 04.09.2012.“

Herr Herlein übernimmt die angeregten Änderungen/Ergänzungen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

16. Verschiedenes

Herr Dr. Greilich regt an, an dieser Stelle dem Vize-Weltmeister im Frisör-Handwerk, Felix Gralla aus Kleinlinden, Glückwünsche auszusprechen.

Die übrigen Mitglieder des Ortsbeirates schließen sich dem an.

Herr Dr. Greilich erkundigt sich beim Ortsvorsteher zum Thema „Änderung der Geschäftsordnung“ über den Stand der Dinge.

Herr Herlein erklärt, im Interesse der Ortsbeiräte werden momentan intensive Gespräche geführt um bestimmte rechtliche Meinungen des Rechtsamtes in die richtige Richtung zu lenken. Da es sich hier um vertrauliche Informationen handele, könne er nur im informellen Teil, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, näheres erläutern.

Frau Janetzky-Klein führt aus, das Wäldchen zwischen Autobahn und Bahnlinie wurde durch Waldarbeiten stark in Mitleidenschaft gezogen. Sie habe vom Forstamt die Auskunft erhalten, dass dies spätestens bis Herbst wieder in Ordnung gebracht werde.

Frau Janetzky-Klein erinnert an die in der Vergangenheit angedachte Müllsammelaktion, oder gemeinsames Boulespielen der Ortsbeiratsmitglieder. Im Moment finde die Landesgartenschau in Gießen statt. Sie regt an diese gemeinsame zu besuchen. Falls Interesse bei Bürgerinnen und Bürgern bestehe, können diese sich gerne anschließen um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **11.06.2014 um 20:00 Uhr** statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 02.06.2014, 8:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

(gez.) H e r l e i n

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z